

Anfrage

der **Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen**
an die **Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort**
betreffend **Ukraine-Krieg: wirtschaftliche Landesverteidigung & Entlastung durch Reformen**

Die Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation hat zu weitreichenden Sanktionen vonseiten Österreichs und seiner europäischen Partner geführt. Wegen ihrer engen Verflechtung mit Osteuropa ist die österreichische Wirtschaft in diesem Konflikt besonders exponiert. Mit 500 Firmen und einem Investitionsvolumen von 21,4 Mrd. EUR ist die Russische Föderation der zweitgrößte Investor in Österreich, während umgekehrt 650 österreichische Unternehmen 4,6 Mrd. EUR investiert haben. Dazu kommt, dass Erdgas aus Russland in den letzten Jahren 70-80 % der österreichischen Gasversorgung ausgemacht hat, wovon ca. 30 % in die Raumwärme und der Rest in die Industrie geht.

Angesichts der schwerwiegenden Folgen eines anhaltenden oder sogar verschärften Konflikts für die österreichische Wirtschaft sollten Maßnahmen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesverteidigung sowie einer möglichst breiten Entlastung österreichischer Unternehmen im Zentrum der Bemühungen der Wirtschaftsministerin stehen. Ein umfassendes Standortpaket wurde für Ende des Jahres 2021 angekündigt, liegt aber immer noch nicht vor. Sämtliche Organisationseinheiten innerhalb der verschiedenen Bundesministerien sollten umgehend kurz- wie langfristiges Entlastungspotenzial für die heimische Wirtschaft analysieren, damit die zuständigen Regierungsmitglieder möglichst rasch dem Parlament umfassende Reformen vorlegen können.

